

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
EU und Verfassung

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.221.469

Wien, am 3. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Kucharowits, Kolleginnen und Kollegen haben am 3. April 2020 unter der Nr. **1357/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Verwendung von Big Data zur Bekämpfung der Covid19-Pandemie“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 10:

- *Welche Indikatoren rechtfertigen den Einsatz von Big Data im Falle einer Pandemie?*
- *Welche Maßnahmen müssen im Vorfeld bereits getroffen und implementiert worden sein, um einen zwingend erforderlichen Einsatz von Big Data als letzte Konsequenz durchzuführen?*
- *Wie lautete der genaue Textvorschlag in dem ursprünglichen Gesetzesentwurf, der der Tageszeitung „Der Standard“ vorliegt?*
 - a. *Welche Maßnahmen waren hier ursprünglich vorgesehen?*
 - b. *Auf welche Daten genau sollte es demnach Zugriff geben?*
 - c. *Zu welchem Zweck genau hätten diese Daten erhoben werden sollen?*
 - d. *Welche Ministerien und staatlichen Behörden wären demnach für die Erhebung, Auswertung und Verwendung der Daten zuständig gewesen?*

- e. Wer war in die Erstellung des Gesetzesentwurfs involviert?
- f. Weshalb wurde die Passage über die Aufrufe der Standortdaten letztlich entfernt?
- Wäre der von der Tageszeitung „Der Standard“ zitierte Gesetzesentwurf mittels einer Auslaufklausel befristet gewesen?
 - a. Wenn ja, mit welchem Datum war ein Außerkrafttreten vorgesehen?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- Ist das Parlament im Entscheidungsprozess über den Einsatz von Big Data im Kontext der Coronakrisenbewältigung miteinbezogen?
 - a. Wenn ja, in welcher Form?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- Wurden für die Stopp-Corona-App des Roten Kreuzes Mittel aus dem Bundesbudget für die Erstellung und Bearbeitung der App angewendet?
 - a. Wenn ja, wie hoch sind diese Mittel?
 - b. Wenn ja, kam das Geld direkt dem Roten Kreuz zu?
 - c. Wenn nein, warum nicht?
- Werden im Rahmen dieser App Daten an die Bundesregierung bzw. staatliche Behörden weitergegeben?
 - a. Wenn ja, welche und in welcher Form?
 - b. Wenn ja, auf welcher rechtlicher Grundlage basiert diese Weitergabe von Daten?
 - c. Wenn ja, mit welchem Zweck?
 - d. Wenn nein, wer ist in welcher Form für die Datenverarbeitung zuständig?
- Sind zusätzlich zur Stopp-Corona-App weitere Tracking-Systeme bzw. Contact-Tracing-Systeme geplant?
 - a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn ja, zu welchem Zweck genau?
 - c. Wie kann sichergestellt werden, dass aus den erhobenen Daten zuverlässige Schlüsse für den eigentlichen Zweck gezogen werden?
 - d. Wenn ja, welche Akteurinnen sind an der Erstellung weiterer Systeme beteiligt?
 - e. Wenn ja, wird hier der Grundsatz Privacy by Design berücksichtigt?
 - f. Welche Ministerien und staatlichen Behörden wären demnach für die Erhebung, Auswertung und Verwendung der Daten zuständig gewesen?
 - g. Wenn ja, ist es vorgesehen, transparent, dh auch mit Open Source, zu arbeiten?
 - h. Wenn nein, warum nicht?
- Sollten die gesammelten Daten – wie die im ursprünglichen Entwurf vorgesehenen Standortdaten oder gesammelten Daten über die App – über einen bestimmten Zeitraum gespeichert werden?

- a. *Wenn ja, wie lange ist eine Datenspeicherung vorgesehen?*
 - b. *Wenn ja, um welche Daten handelt es sich hierbei?*
 - c. *Wenn ja, wo sollen diese Daten gespeichert werden?*
 - d. *Wenn ja, wer wird Zugriff zu diesen Daten haben?*
 - i. *Werden die Zugriffe dokumentiert?*
 - ii. *Gibt es Sanktionen bei unerlaubtem Zugriff?*
 - e. *Wenn ja, auf welcher gesetzlicher Grundlage basiert die Datenspeicherung?*
 - f. *Wenn nein, wie wird das Löschen der Daten sichergestellt?*
 - g. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Gab es vor dem Entwurf und im Zuge der weiteren Überlegungen zur Verwendung von Big Data Kontakt zur Datenschutzbehörde?*
 - a. *Wenn ja, wie war ihre Stellungnahme?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
 - c. *Wenn ja, ist eine personelle und finanzielle Aufstockung der DSB vorgesehen?*
 - i. *Wenn ja, in welcher Form?*
 - ii. *Wenn nein, warum nicht?*

Die Fragen beziehen auf den Bereich des Telekommunikationsgesetzes 2003, welches im Vollziehungsbereich des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie liegt und auf die vom Österreichischen Roten Kreuz betriebene App „Stopp Corona“.

Ich ersuche daher um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 8/2020, im Zusammenhang mit den Entschließungen des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 17/2020, nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können.

Mag. Karoline Edtstadler

